

15. Dezember 2018

Der Wert des Staates aus liberaler Sicht

von Helmut Krebs

In seinem Essay „Über den neuen Protektionismus: eine Herausforderung für den Liberalismus“ stellt Maximilian Tarrach implizit fest, dass der Staat für den Liberalismus bloß eine historische Erscheinung sei, der keinen Wert an sich habe. Der Antietatismus, die Geringschätzung und Anfeindung des Staates, ist wohl Teil der Genetik des liberalen Lagers oder von Fraktionen, gewiss jedoch Grundfeste des Libertarismus, der sein Selbstverständnis daraus bezieht. Doch so einfach – hier die Freiheit, dort der Zwangsapparat – ist die Sache nicht.

In geschichtlicher Betrachtung bildete sich der antietatistische Reflex in der Zeit des Absolutismus und Merkantilismus heraus, in der die Gängelung der Wirtschaft, die im Mittelalter in den Städten gepflegt wurde, auf die Spitze getrieben und auf das ganze Land ausgedehnt wurde. Die Folge waren Wohlstandsverhinderungen und Freiheitsbeschränkungen, an denen sich unternehmerische Geister rieben. Der Händler forderte die abgabenfreie Passage der Güter durch die Häfen: laissez faire – laissez passer!, gewährenlassen – durchlassen! bedeutete diese Losung. Staat als Hindernis und Verhinderer, als Steuereinzahler und Einmischer wurde zum kollektiven Gegner der Händler und Kapitalgeber. Adam Smith begründete schließlich, warum die marktwirtschaftliche Freiheit gerade die Grundlage für den Fortschritt und also für das Wohlergehen des Staates selbst ist. Weniger Staat! erschallt es bis heute im liberalen Lager, weniger Staat bringt mehr Wohlstand.

Wir müssen aber in heutiger Zeit unseren historischen Horizont ein wenig weiten, um zu begreifen, dass die Liberalisierung der Wirtschaft zwar eine wichtige Wende zum Fortschritt herbeiführte, dass dies aber nur eine Phase innerhalb der grundlegenden Prozesse war, in der die Menschen aus der Barbarei, aus Armut, Rechtlosigkeit, Angst und Schmerz sich befreiten, also des Prozesses, den wir die Zivilisation nennen. Wenn Thomas Hobbes in seinem *Leviathan* 1651 schrieb: „Das menschliche Leben ist einsam, armselig, ekelhaft, brutal und kurz“, so hatte er die Zeit des Mittelalters und der Glaubenskriege vor Augen, deren Zeitzeuge (1642 bis 1649 in England) er war. Der Mensch sei an sich nicht durchweg böse, er befände sich jedoch in einer gewaltdurchtränkten Umwelt in einem Dilemma gefangen, in dem er – jederzeit mit dem Angriff eines Feindes rechnend – nur durch seinen Erstschatz sicher sein könne, nicht selbst Opfer zu werden. Die Rohheit der Zeit ist Folge der alles beherrschenden Gewalt unter den Menschen. „*Alles ist also Folge einer Kriegszeit,*“ argumentierte Hobbes, „*in der jeder Mensch eines jeden Menschen Feind ist, ebenso wie der Zeit, in der die Menschen ohne andere Sicherheit leben als das, was ihre eigene Kraft und ihre eigene Erfindung ihnen geben wird. In einem solchen Zustand ist kein Platz für Fleiß, weil seine Früchte ungewiss sind; und folglich gibt es keinen Ackerbau; keine Schifffahrt, keine Waren, die auf dem Seeweg eingeführt werden können; keine Lagerhallen; keine Maschinen zum Bewegen schwerer Güter; keine geographischen Kenntnisse; keine Kunde über die Zeiten; keine Kunst; keine Briefe; keine Gesellschaft; und das ist das Schlimmste von allem, ständige Angst und Gefahr des gewaltsamen Todes*“ (Kapitel 13, eigene Übersetzung) und dann folgen die obigen berühmten Worte über das Leben im Naturzustand.

Wir können das Chaos überall beobachten, wo der Staat schwach oder gar nicht vorhanden ist: in den Einflussgebieten der arabischen Clans in Berlin und Bremen, Paris und Brüssel, in den Straßen von Hell's Kitchen zur Zeit der Prohibition, im Wilden Westen des 19. Jahrhunderts nach dem grausamen Bürgerkrieg, in den Bergen Afghanistans, Kurdistans oder des Kaukasus, in den zerrütteten arabischen Staaten des Nahen Ostens, in Libyen, Somalia, den Vororten von Kapstadt und Johannesburg. Und wo das Geschwür der Gewalt durch Drogen-, Waffen- oder Menschenschmuggel in den Besitz von Vermögen gelangt wie in Mexiko oder Kolumbien, korrumpiert es ganze Staaten und knechtet ganze Regionen. Das war schon immer so, seit wir geschichtliche Kunde haben. Friedrich Schiller erblickte das Chaos im Interregnum vor der Inthronisation des *Grafen von Habsburg* zum Kaiser, und lässt deretwegen den Sänger jubeln: „*Denn geendigt nach langem verderblichen Streit / War die kaiserlose, die schreckliche Zeit, / Und ein Richter war wieder auf Erden. / Nicht blind mehr waltet der eiserne Speer, / Nicht fürchtet der Schwache, der Friedliche mehr, / Des Mächtigen Beute zu werden.*“

Der Naturzustand ging der Zivilisation voraus und kehrt stets zurück, wo immer sie geschwächt wird. Das Chaos lauert unter der Decke der Ordnung. Es ist völlig verkehrt, wenn die Romantiker den Strand unterm Pflaster wännen. Da liegt der Bausand, der den Steinen den Halt gibt, die uns wiederum Halt geben und sich reinigen lassen. Chaos ist der Zustand, in denen die Vernunft schläft, die bösen Dämonen des Menschen durch keine rettenden Engel in Schach gehalten werden, um ein Bild Steven Pinkers zu zitieren (Gewalt – eine neue Geschichte der Menschheit).

Die gute Seite

Die Lösung sah Hobbes im Staat, und damit hatte er theoretisch wie praktisch Recht. Der Staat ist die Voraussetzung einer freien Marktwirtschaft, unternehmerischen Freiheit, des Strebens nach Glück und Wohlstand, der Freiheit schlechthin. Die erste Voraussetzung für praktische Freiheit ist Friede unter den Menschen. Nur wo die Gewalt als Möglichkeit der Konfliktlösung unterbunden wird, können Verträge auf Freiwilligkeit geschlossen werden, denn sie setzen Vertrauen voraus, das Vertrauen, dass der Vertragspartner seine Pflichten auch erfüllen wird. Auch historisch ging der Handel mit der Staatenbildung einher, oft in Form von Hafenstädten und Städtebünden unter Führung der mächtigsten, so die Karthager, die Wikinger, die Hanse. Herrscher garantierten die Handelsfreiheit und stellten Händler, die Häfen und Lagerhallen unter ihren Schutz.

Ludwig von Mises unterschied zwischen Eigentum und Besitz (Die Gemeinwirtschaft, I. Teil, 1. Kapitel). Er meinte, aus Sicht der Ökonomik sei allein der Besitz, das Haben, von Belang. Das greift meiner Meinung nach zu kurz. Ein Hund besitzt den Knochen nur so lange er ihn bewacht. Doch ein Hund wirtschaftet nicht. Das Eigentum des Menschen aber ist verbrieft und unantastbar. Es wird allgemein respektiert und kann ohne die Gefahr der Inbesitznahme durch andere losgelassen werden. Güter können sich auf den Weg machen und sich in Geld verwandeln, gerade weil sie mehr sind als Besitz, nämlich Eigentum. Es wäre auch widersinnig von um den Globus strömenden Besitztümern zu sprechen. Es sind Waren, die stets Eigentum sind, und darum sicher an ihr Ziel gelangen. Unternehmertum setzt Eigentum voraus, mehr als Besitz. Der Sache nach vertrat Mises letztlich gleiche Ansicht. Im selben Werk schreibt er wenige Seiten danach: „*Wirtschaft verlangt Beständigkeit der Verhältnisse, weil sie weit ausgreifendes, zeitraubendes Beginnen ist, das umso erfolgreicher ist, auf je größere Zeitspannen es eingestellt wird. Wirtschaft verlangt endlose Kontinui-*

tät, die ohne tiefsten Schaden nicht gestört werden kann. Das heißt: Wirtschaft fordert Frieden, Ausschluss von Gewalt.“

Ein schönes Beispiel für diesen Zusammenhang und eine späte Antwort auf Hobbes liefert uns ein erfolgreiches Reformprojekt, das vor Jahren unter der Leitung Hernando de Sotos in Lagos, Nigeria, verwirklicht wurde. Man trug die Bewohner von Hütten in den Armengürteln der Stadt als Eigentümer in Grundbücher ein. Fortan konnten sie diese unbeaufsichtigt lassen, waren daher frei zu handeln und zu arbeiten. Sie konnten auf sie Hypotheken eintragen lassen und sich damit kapitalisieren und ein Startup beginnen oder sie verkaufen, um sich zu verbessern. Das Stückchen Staatlichkeit machte sie frei. Allein schon diese Maßnahme der Verrechtlichung von Besitzverhältnisse war Ursprung von erstem Wohlstand. Staat steht für Recht, und Recht für Ordnung, für Frieden, Vertrauen und für Handlungschancen.

Die gefährliche Seite

Wir dürfen aber die andere Seite des Staates nicht vergessen. Es ist nun schon wieder dreißig Jahre her, dass die letzte Diktatur auf deutsche Boden zusammenbrach, und es sind über siebzig Jahre, als die vorletzte in Schutt und Asche fiel. Ohne Demokratie verselbständigt sich das Ordnungsprinzip zu einer Dynamik, die in der Tyrannei endet. Der Staat als Despot schafft grausame Verhältnisse. Der Liberalismus des 20. Jahrhunderts war erfüllt von der Leidenschaft des Anti-Despotismus. Hayeks Warnung vor einem „Weg zur Knechtschaft“ aus den 1940er-Jahren prägte ganze Generationen von Liberalen, erzog sie im Geist der Staatsskepsis. Die Krisensymptome der Gegenwart, nämlich der anschwellende Populismus, die Wiederbelebung protektionistischer Konzepte und die Entwicklung hybrider Kriegstechniken sind Folgen der Globalisierung und damit Geburtswehen einer Epoche des aufblühenden Welthandels, nicht Folgen von Imperialismus, Nationalismus und Kolonialismus, aus deren Geist die sozialistischen Ideologien und Diktaturen erwachsen. Als Beispiele für die Gefahr staatlicher Despotie müssen wir die Erinnerung an den Staatsterrorismus des 20. Jahrhunderts wach halten.

Wir brauchen aber keine Ideologien dazuzunehmen, die zugegeben die stärksten Kräfte der Unfreiheit sind; auch das wohlwollende Streben nach einer immer vollkommeneren Gerechtigkeit vermehrt die Zahl der Vorschriften und damit die Starrheit der Ordnung. Ein Übermaß an Regulierung erstickt unternehmerisches Handeln, verbraucht wirtschaftliche Ressourcen und mindert somit Wohlstandszuwächse oder schrumpft sie sogar. Schweden kann uns dafür als Beispiel dienen. Die wirtschaftliche Dynamik lässt sich als Indikator für wirtschaftliche Freiheit verwenden und diese lässt sich nicht von der allgemeinen trennen. In den technokratischen Entwürfen einer top-down durchgesetzten Politik wohnt die Tendenz inne, den freien Bürger zu entmündigen und die liberale Demokratie auf den Kopf zu stellen, als eine Veranstaltung der Zwangsbeglückung, in dem sich der freie Wille der Einzelnen als ungebärdiges Übel bemerkbar macht. Wir Heutigen haben es nicht mit zentralistischen Entwürfen einer durchgeplanten Gesellschaft zu tun. Es gibt hier keine revolutionäre Konspiration mit der Spur einer Erfolgsaussicht. Das sich immer dichter verwebende Geflecht von Regularien, die auf Ausgleich von Benachteiligungen, die Minimierung von Risiken, die Erhöhung von Lebenschancen für Einkommensschwache aus sind, also im Grunde ein Teil des emanzipatorischen Programms der Aufklärung, sedieren in ihrer Summe aber das unternehmerische Handeln, den *elan vital* der Zivilisation, und zerrütten somit seine eigenen Grundlagen. Wenn die brei-

ten Massen daran gewöhnt sind, von Staats wegen immer mehr Zuwendungen zu erhalten, fordern sie immer weitere und verlernen es, für sich selbst zu sorgen. Von diesem Paternalismus lebt eine riesige Branche von Wohlfahrtsverbänden, und die Parteien der „sozialen Gerechtigkeit“ saugen Nektar aus der Abhängigkeit der unteren Einkommenschichten. Wie obsttragende Bäume zurückgeschnitten werden, müssen Staats- und Rechtssysteme immer wieder durchforstet und liberalisiert werden. Mit dem Reifen der Zivilisation sollte das Vertrauen in die Vernunft und Eigenverantwortlichkeit der Bürger wachsen.

Fazit

In meinen Augen ist dem Staat durchaus ein Eigenwert zuzusprechen. Seine Durchsetzung waren Meilensteine und Durchbrüche der Menschheit bei ihrem Ausgang aus der Barbarei, wie seine Niedergänge immer einhergehen mit Vernichtung des Wohlstands und Knechtung. Allerdings muss dazugedacht werden, was sich auf seinen Grundlagen noch entwickeln konnte und was seine Gefährlichkeit wiederum entschärfte. Der absolute Staat an sich ist ein notwendiger Schritt, aber nur ein erster. In weiteren müssen die Prinzipien der liberalen Demokratien durchgesetzt werden, die seinen Rahmen bilden. Aus heutiger Sicht ist der Staat die Grundlage und Ausdruck von Recht; er ist ein Gebiet, in dem sich Menschen friedlich begegnen können. Die Willkürregimes der Nationalsozialisten und der Kommunisten waren dagegen zu Staaten gewordene Clansysteme, in denen eine Machtclique von einem Einzelnen beherrscht wird, die ihrerseits – Privilegien einstreichend – die Unterdrückung der Bürger bewerkstelligen. Es waren vom Geist der Romantik erfüllte Rückfälle in die vormoderne Zeit.

Wir brauchen einen komplexeren Staatsbegriff als den Ludwig von Mises, der stets nur vom Gewalt- und Unterdrückungsapparat sprach. Unser heutiger Staat der liberalen Demokratie ist ein halboffenes System. Er bildet einen Rahmen für die Freiheit. Er organisiert die Legitimität von staatlicher Gewalt durch Wahlen und garantiert ein Spiel der Kräfte durch Gewaltenteilung und Föderalismus. Er schafft Regeln für das freie Handeln, die ein Abgleiten in Gewalt verhindern. Er umrahmt auch kreativ-destruktives, kompetitives unternehmerisches Handeln, das sich im Marktwettbewerb erproben muss. Er fußt auf dem Geist der offenen Debatte, des Pluralismus und der Toleranz von einander abweichender Weltanschauungen. Er muss verstanden und gestaltet werden als Rahmen freier Bürger, nicht als paternalistischer Zwangsbeglücker unmündiger Schutzbedürftiger. So entlässt er die individuelle Freiheit als Produktivkraft des Wohlstands in eine offene Zukunft und muss sich selbst dabei stets in Frage stellen lassen, insofern er zur Überregulierung tendiert. Der Staat und der Einzelne stehen in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander. Doch praktische Freiheit des Einzelnen gibt es nicht ohne ihn.